

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 26. November 2020 / Jeudi après-midi, 26 novembre 2020

Finanzdirektion / Direction des finances

43 2020.RRGR.64 Motion 043-2020 Imboden (Bern, Grüne)
Schweizerische Nationalbank: Klimaverträgliche Anlagepolitik und Gewinnverwendung durch den Kanton Bern sicherstellen!

43 2020.RRGR.64 Motion 043-2020 Imboden (Berne, Les Verts)
Banque nationale suisse (BNS) : garantir une politique d'investissement et une utilisation des bénéfices respectueuses du climat

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Nous passons maintenant à l'affaire numéro 43, il s'agit d'une motion intitulée « Banque nationale suisse (BNS) : garantir une politique d'investissement et une utilisation des bénéfices respectueuses du climat ». La motion est rejetée par le Gouvernement, le débat est libre et le chiffre numéro 2 a été retiré. Donc, je laisse Mme la députée Imboden prendre la parole.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich stelle Ihnen gerne die Motion über die klimaverträgliche Anlagepolitik und Gewinnverwendung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vor. Wie gesagt, es geht nur noch um den Punkt 1. Punkt 2 ist zurückgezogen.

Sie werden sich fragen, warum wir das hier im Grosse Rat diskutieren, weil es eben um die Nationalbank geht. Dafür gibt es zwei Gründe: einerseits einen formellen, andererseits natürlich einen inhaltlichen. Es ist so, dass der Kanton Bern der grösste öffentlich-rechtliche Aktionär der SNB ist. Sie wissen alle: Die Nationalbank gehört in diesem Sinn uns allen. Aber der Kanton Bern ist eben der grösste Aktionär. Das heisst, wir haben hier eine spezielle Position, indem wir eine höhere Beteiligung haben – Ich nehme an, das hat historische Gründe – als andere Kantone und andere Aktionäre und Aktionärinnen. Warum ist es aber inhaltlich wichtig? Die schweizerische Nationalbank als eine der ganz grossen, sowohl währungspolitischen aber auch finanzpolitischen, Institutionen in diesem Land hat einen grossen Einfluss darüber, wie ihr Geld angelegt wird. Daher ist es inhaltlich wichtig, dass wir uns auch mit dieser Frage beschäftigen. Der Motionspunkt 1 will, dass der Kanton Bern sich bei der Nationalbank in seiner Rolle als Aktionär, was er ja eben auch ist unter anderem, dafür einsetzt, dass die SNB die Klimaverträglichkeit ihrer Anlagepolitik überprüft, mitberücksichtigt und genauer anschaut, ob das mit dem Pariser Abkommen, aber auch mit unseren nationalen und kantonalen Vorgaben zur Klimapolitik verlässlich ist.

Jetzt – und das ist wichtig zu hören – ist nach der Beantwortung der Regierung, welche das ja ablehnt, etwas in Gang gekommen. Auf nationaler Ebene wurde im Nationalrat ein Vorstoss in der Form des Postulats überwiesen aus der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK; P 20.3012, *Curia Vista*), also in dem Sinne auch getragen von den wirtschaftspolitischen Überlegungen, welcher fordert, dass die Nationalbank genau etwas Gleiches macht: Die Nationalbank hat jetzt den Auftrag, der Bundespolitik in einem Bericht darzulegen, wie ihre Investitionspolitik sich auf die Klimapolitik auswirkt – dies natürlich ergebnisoffen – und auch die Frage zu beantworten, wie sich die Preisstabilität und die Finanzstabilität – welche zu gewährleisten ja das primäre Ziel der Nationalbank ist – in Verbindung mit den Klimazielen aufeinander auswirken.

Dieser Vorstoss wurde am 30. Oktober mit 100 zu 83 Stimmen im Nationalrat überwiesen. Damit stehen natürlich auch noch die Resultate aus, das wird erst noch kommen. Aber ich denke, das zeigt sehr deutlich, dass diese Frage in einer breiten Öffentlichkeit angekommen ist, über diese Frage zu diskutieren, weil – und das schreibt die Regierung ja auch in ihrer Antwort zu Ziffer 1 – die Nationalbank das Gesamtinteresse vertreten muss. Und Klimapolitik ist natürlich auch ein Teil des Gesamtinteresses. Das ist ganz klar, wenn die Frage der Finanzstabilität der Schweiz das höchste Ziel ist. Aber wir wissen auch, dass wenn natürlich das Klima ausser Lot ist, auch die Finanzstabilität irgendwann betroffen ist. Darum hat ja wahrscheinlich auch der nationale Gesetzgeber hier diesen Auftrag erteilt, und wir sind sehr interessiert zu hören, wie das hier ist. Wir möchten gerne, dass

die Berner Regierung in die gleiche Richtung unterstützt, diesen Prozess eben von den Kantonen her auch in die gleiche Richtung mitunterstützt, damit die Nationalbank eben diesen Bericht und diese Auslegeordnung macht und man gestützt auf das weiterdiskutieren kann.

Vielleicht noch zum Schluss: Andere Kantone gehen in die gleiche Richtung. Der Kanton Genf hat bereits einen Vorstoss überwiesen, welcher zum Ziel hat, unter den Kantonen diese Anliegen zu koordinieren. Ich nehme an, die Berner Regierung wird demnächst, wenn sie es nicht schon erhalten hat, von der Genfer Kantonsregierung kontaktiert werden, weil diese genau das gleiche Ziel hat. Sie will ihr Interesse bei der Nationalbank so einbringen, dass auch die Klimathematik unter Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Interessen angeschaut wird. Alle diejenigen, welche jetzt sagen, dass es nicht klar sei, wie man das zu priorisieren habe, bitte ich doch mit auf den Weg zu nehmen, dass es hier darum geht, die Risiken anzuschauen: Risiken, bei welchen am Ende auch zur Beurteilung kommt, was sie für eine Bedeutung haben. Es ist sicher richtig und wichtig, dass eine grosse Institution in der Schweiz, bei welcher wir als Kanton Bern Aktionär sind, diese Risiken genau analysiert und das eine Grundlage für die weitere Diskussion ist.

Darum bitte ich Sie als Motionärin, den Punkt 1 dieser Motion zu unterstützen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La motionnaire maintient le chiffre 1 en motion. La parole est aux groupes maintenant, le premier à s'exprimer, SP-JUSO-PSA par Mme la députée Zybach.

Ursula Zybach, Spiez (SP). In der Antwort steht es: Der Auftrag der Notenbank in der Bundesverfassung ist so, dass die Nationalbank eine Geld- und Währungspolitik zu führen hat, die dem Gesamtinteresse des Landes zu dienen hat. Was dient denn eigentlich den Gesamtinteressen dieses Landes? Ja, wir wissen, dass die Umwelt und das Klima einen grossen Einfluss auf die Gesundheit und auf die Wirtschaft haben. Zwei Beispiele: Wenn wir den Klimawandel ungebremst einfach so stattfinden lassen, dann werden wir unsere Gletscher irgendwann nicht mehr finden und ob die Touristen es dann interessant finden, kahle Berge anzuschauen, weiss ich nicht. Die Auswirkungen auf die Tourismusbranche sind klar. Ein anderes Beispiel: Firmen, die Schadstoffe produzieren und die immer die lokale Bevölkerung damit schädigen – ist dies wirklich im Gesamtinteresse von uns, der Schweiz, unseres Landes?

Der Antwort des Regierungsrates ist weiter zu entnehmen: Der Auftrag der SNB sei mit Blick auf die Verwirklichung klimapolitischer Ziele zu erweitern. Das würde dazu führen, dass man Interessenskonflikte hätte und eine Verpolitisierung der Geld- und Wirtschaftspolitik.

Aha, eine Verpolitisierung der Schweiz. Hat doch die Schweiz das Klimaabkommen in Paris unterzeichnet. Und wie will man diese hochgesteckten Ziele anders erreichen, als dass man breit schaut und dort schaut, wo man eine gewisse Hebelwirkung hat?

Die Nationalbank hat 2019 einen Gewinn von 48,9 Milliarden Franken gemacht. Irgendwo steckt da ganz viel Geld drin und eine ganz grosse Hebelwirkung, die man damit erzielen kann. Der Kanton Bern ist die grösste öffentlich-rechtliche Grossaktionärin der SNB, hat eine Beteiligungsquote von 6,63 Prozent, und der Kanton Bern könnte hier einfach federführend vorgehen. Ich bitte Sie im Namen der SP-JUSO-PSA, dieser Motion zuzustimmen.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Der EVP ist eine kleine, aber feine Differenz aufgefallen zwischen dem Antrag und der Antwort, welche nicht unwesentlich erscheint für diesen Vorstoss. Im Antrag wird davon gesprochen, dass die SNB Klimarisiken in ihre Politik einbeziehen soll. In der Antwort spricht man davon, dass die SNB Klimapolitik betreiben soll. Mir scheint das doch ein kleiner, aber feiner Unterschied zu sein.

Klimaverträgliche Anlagepolitik sollte in der heutigen Zeit selbstverständlich sein und unbestritten. Die EVP begrüsst es, wenn im Gespräch mit der SNB wirklich Verbesserungen gesucht werden, damit genau die Risiken, welche aus der Klimasituation in der Anlagepolitik entstehen können, minimiert werden können. Wir können dieser Forderung, welche hier in Ziffer 1 erhoben wird, zustimmen, damit man das wirklich angeht.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich hatte gehofft, dass wir dieses Geschäft nächste Woche behandeln werden, nach der eidgenössischen Abstimmung über die Finanzierung des Kriegsmaterials. Wenn es dort ein Ja geben würde, dann könnte man der Nationalbank weitere Restriktionen auferlegen. Wenn es ein Nein gibt, dann heisst das, dass das Volk nicht will, dass man der Politik der Nationalbank hineinredet, vor allem bei ihrer Anlagestrategie. Jetzt war der Kanton Bern eben etwas schnell-

ler als die eidgenössische Politik, und wir müssen heute darüber entscheiden. Ich weiss es auch: Es ist mir bewusst, dass es nicht um Kriegsmaterial, sondern um Klimarisiken geht. Inhaltlich ergibt das deutliche Unterschiede, das ist mir klar. Aber formell sehe ich gewisse Parallelen.

Können – ja, *dürfen* wir der Nationalbank Vorgaben machen zu ihrer Klimapolitik? In der Antwort der Regierung sehen wir, dass sehr vieles dazu in der Bundesverfassung geregelt ist. Die Nationalbank ist vor allem dem Gesamtinteresse des Schweizer Volkes verpflichtet. Das ist ein sehr wichtiger Grundsatz. Wir müssen die Unabhängigkeit der Nationalbank in jedem Fall gewähren, damit sie ihre Geldpolitik so machen kann, wie es für sie am besten ist. Seien wir uns bewusst, dass Geldpolitik manchmal nicht unbedingt Klimapolitik beinhaltet, ja sie stehen einander zum Teil sogar diametral entgegen. Einerseits eben eine möglichst gute Geld- und Finanzpolitik, ein Ziel ist es auch, Gewinn abzuwerfen und andererseits eben der Schutz des Klimas.

Seien wir ehrlich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gerade hier drin sind wir doch auch stolz, wenn wir eine zwei-, drei oder sogar vierfache Ausschüttung der Gewinne der Nationalbank verbuchen können. Wir haben Anfang dieser Woche ebenfalls schon darüber gesprochen. Die Motionärin hat es erwähnt, dass jetzt ein Postulat der WAK überwiesen wurde. Der Bundesrat hat dieses auch positiv beantwortet und hat somit eben der Nationalbank den Auftrag gegeben, einen Bericht darüber zu machen, wie und ob sie ihre Währungspolitik nachhaltig betreibt. Dort wird ein Bericht verlangt in dieser Motion.

Die BDP-Fraktion lehnt diese Motion in diesem ersten Punkt einstimmig ab. Wenn die Motionärin allenfalls in ein Postulat wandeln würde, gäbe es einzelne Zustimmungen, weil wir der Meinung sind, es wäre hier eine Chance, dass auch unsere Regierung diesen Bericht abwarten und schauen könnte, was dort herauskommt sowie dementsprechend nachher reagieren oder eben nicht reagieren könnte. Einem Postulat würden Einzelne der BDP-Fraktion zustimmen.

Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP). Wir haben es gehört, dieser Vorstoss wollte oder will auf zwei Ebenen, nämlich auf Bund- und Kantonsebene unter dem Aspekt Klimaverträglichkeit Einfluss auf die Anlagenpolitik respektive auf die Verwendung von Überschüssen der SNB nehmen. Ziffer 2 ist ja mittlerweile zurückgezogen.

Bei Ziffer 1 soll die Nationalbank über die Generalversammlung oder über eine ausserordentliche Hauptversammlung in die Pflicht genommen werden. Die SVP teilt hier die Haltung des Regierungsrates, dass der verfassungsrechtliche Auftrag der SNB klar ist und die Gesamtinteressen des Landes zu verfolgen sind. Einzelinteressen oder Partikularinteressen führen zu einer Verpolitisierung der Geld- und Währungspolitik. Wie Frau Imboden oder Vorrednerinnen auch bereits hingewiesen haben, bezüglich des Gesamtinteresses kann man dieses hier sehr unterschiedlich auslegen.

Bezüglich Wirkungsgrad dieses Vorstosses hat die SVP zudem grösste Bedenken. Wenn er angenommen werden würde, wäre es wohl nicht mehr als ein Schuss ins Leere. Wir schaffen es ja nicht einmal im Kanton Bern mit der BKW, bei welcher wir sogar Mehrheitsaktionär sind, Einfluss auf eine kostendeckende Einspeisevergütung für Solarstrom zu nehmen. So viel zu der erwähnten Beteiligung auf die Nationalbank vonseiten des Kantons Bern, welcher sich nicht einmal auf 7 Prozent bewegt.

Ziffer 2 ist zurückgezogen. Die SVP lehnt diesen Vorstoss dennoch einstimmig ab.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion unterstützt die Motion und erwartet vom Regierungsrat, dass er über die Generalversammlung der SNB die notwendigen Schritte unternimmt, damit die Klimarisiken in die Politik der SNB einbezogen werden. Umwelt und Klima werden unsere Zukunft bestimmen. Deshalb müssen wir uns alle für eine ökologische Politik einsetzen. Sicher sollten wir uns individuell verpflichten, doch es sind vor allem der Staat, die internationale Staatengemeinschaft, die sich für eine klimaschonende nachhaltige Politik einsetzen müssen. Es liegt in unser aller Interesse, die ökologische Balance zu finden. Das gilt auch für die kantonale Politik. Mit der Haltung des Regierungsrates, die Funktion und die Aufgabe der Nationalbank auf eine Geld- und Währungspolitik zu reduzieren, ist nicht richtig. Wir halten es für nötig, dass sich der Kanton anders für eine klimaschonende Nationalbankpolitik einsetzt.

Die Nationalbank gehört uns allen, sie kann ihre Funktion nicht auf die Gewinnorientierung reduzieren. Vielmehr braucht sie Mechanismen, die das Wohl der Gesellschaft und das Klima ins Zentrum rücken. Sie muss verschiedene Aspekte wie zum Beispiel Menschenrechte, Kinderrechte, Minderheitenrechte und Klimaschutz bei ihren Investitionen berücksichtigen. Eine Politik der reinen Gewinnmaximierung kann uns kurzfristig etwas Geld bringen, wie das vorher von verschiedenen Kolleginnen auch erwähnt wurde, doch langfristig gesehen macht das uns, unsere Zukunft und die

Umwelt kaputt. Das würde auch die Nationalbank treffen. Wir gehen mit Abkommen und Gesetzen nationale und internationale Verpflichtungen für den Schutz von der Umwelt ein. Diese verpflichten uns genauso wie unsere Banken, auch die Nationalbank – diese erst recht. Deshalb müssen das Anlage- und Risikomanagement der Nationalbank und ihre Investitionen so ausgerichtet werden, dass sie mit dem Pariser Klimaabkommen übereinstimmen. Deshalb sollte der Regierungsrat über die Generalversammlung der SNB, bei welcher der Kanton Bern als Mitaktionär ein beachtliches Gewicht hat, die notwendigen Schritte unternehmen, um Klimarisiken in die Politik der Nationalbank einzubeziehen. Dabei soll das Pariser Klimaabkommen berücksichtigt werden.

Die grüne Fraktion bittet um die Unterstützung für die Motion.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich halte die Voten kurz, wir sind ja immer noch daran, die Zeit aufzuholen. Ich schliesse mich den Worten der Kollegen Etter und Augstburger an. Die FDP lehnt diese Motion ab, auch ein Postulat. Falls ein Postulat durchkommen würde, beantrage ich hier schon einmal vorsorglich auch die Abschreibung.

Warum sind wir auch dagegen als Ergänzung zum bereits Gesagten meiner Vorredner? Ich bin auch überzeugt, dass diese Forderung gar nicht geht, ohne dass wir eine Gesetzesänderung auf nationaler Ebene machen. Es gibt gewisse Gesetze hinter der SNB, welche gewisse Freiheiten der Entscheidung garantieren.

Zweitens: Das Abkommen von Paris, welches hier erwähnt ist, habe ich wieder einmal durchgelesen. Ich sehe keinen Punkt, welcher momentan heraussticht, dass man die Politik unserer Nationalbank ändern muss. Man kann alles jetzt mit diesem Pariser Abkommen begründen, was man politisch durchsetzen will, weil das ganze Leben passiert irgendwo mit Klima und CO₂ und so weiter. Wir können alles mit diesem Pariser Abkommen begründen, und das imponiert mir momentan nicht mehr. Das heisst nicht, dass ich nicht dafür bin, gewisse Massnahmen zu machen, aber wenn man überall jetzt diese Ideologie durchsetzen will, nur immer mit der Begründung, dass es im Pariser Papier stehe, ist das für mich einfach zu wenig seriös.

Es wurde auch gesagt, der Kanton Bern habe circa 6 Prozent Stimmanteil und dass man da eine Federführung übernehmen wolle und eine Mehrheit schon sicher zu wissen glaubt. Das glaube ich einfach noch nicht. Ich weiss auch nicht, ob alle Kantone so denken oder nicht. Wir haben es vorher gehört, der Kanton Genf will da etwas probieren. Schauen wir einmal an, was ankommt. Es ist hier auch das falsche Gremium. Ich denke, wir wissen es: Die Nationalbank hat Aufgaben für die Preis- und Währungsstabilität. Das meiste, was die Nationalbank im Portfolio hat, sind Währungsreserven. Die meisten sind Euros. Muss man dann bei der Währung dort auch berücksichtigen, wie sich die Länder, welche diese Währung haben, international verhalten auch mit dem Klima? Muss man das auch berücksichtigen oder nicht?

Wie gesagt: Die Flughöhe ist auf dem falschen Ort. Es ist wieder einmal gut gemeint. Beschäftigen wir uns nicht selber, lassen wir die nationale Politik darüber diskutieren und nicht hier.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Ich weiss nicht, wie man sich vorstellt, wie in der Nationalbank Anlagepolitik funktioniert. Ich gehe einmal davon aus, dass es nicht so ist, dass man Morgen einer der Mitarbeitenden ins Büro geht, die Zeitung aufschlägt, die Börsenkurse anschaut und nachher seinen Kollegen anruft und sagt: «Du, hast du gesehen, da ist schon das zweite Mal nacheinander diese und diese Aktie gestiegen. Wollen wir wohl da ein paar Milliarden kaufen?» Und dann machen sie das einfach.

Ich gehe davon aus, dass all das sehr zukunftsgerichtet ist und dass diese auch wissen, dass das Klima das Hauptthema ist, welches uns beschäftigen wird und das schon längstens in diese Politik einfliesst. Wenn jetzt in diesem Vorstoss gestanden wäre, dass sie «nachhaltig» etwas machen sollen, nämlich auf die Ökologie, die Ökonomie und die gesellschaftliche Auswirkung schauen, dann hätte die glp dort zustimmen können, wobei es etwas wäre, von dem wir gesagt hätten, dass es eine Selbstverständlichkeit ist. Das nehme ich einfach an, das *müssen* sie, und das hoffen wir auch, dass sie es machen. Ich habe auch das Gefühl, dass sie es gar nicht so schlecht machen. Sie wissen auch, dass wir das Pariser Klimaabkommen mitunterschreiben haben und mittragen, also dass sie sich, nebst anderem, auch daran halten müssen. Darum finden wir das unnötig, nebst dem, was Ueli vorher als Erster sagte. Wenn wir es schon nicht schaffen, bei Sachen, bei welchen der Kanton Mehrheitsaktionär ist, Einfluss zu nehmen, werden wir es wohl mit 6 Komma irgendetwas Prozent auch nicht schaffen. Die glp lehnt diesen Vorschlag in Punkt 1 ab. Den zweiten hätten wir übrigens angenommen, es wurde also der falsche zurückgezogen. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le vote sur le classement a été demandé par le député Reinhard. Je laisse la parole maintenant à Mme la Conseillère d'Etat.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Die vorliegende Motion reiht sich ja in eine Vielzahl verschiedenster politischer Vorstösse, welche von der Nationalbank eine klimaverträgliche Anlagepolitik verlangen. Eine ähnliche Stossrichtung ist auch das Thema von diesem Wochenende, wenn wir über die Kriegsgeschäftsinitiative abstimmen.

Eher neu ist jetzt aber der Ansatz, dass auch auf kantonaler Ebene auf die SNB Druck gemacht werden soll. Das hatten wir bisher nicht so, und die Regierung will das auch nicht. Nach Auffassung des Regierungsrates ist es nicht Aufgabe der Nationalbank, Klimapolitik zu betreiben. Er lehnt darum Ziffer 1 – das ist ja nun die einzige, welche übrig blieb – ab.

Mir erscheint noch wichtig, dass ich etwas zum Aktienrecht sage. Es trifft zwar durchaus zu, dass der Kanton Bern der grösste öffentlich-rechtliche Aktionär der SNB ist. Die SNB ist aber eben eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft, und nur dort, wo das Nationalbankgesetz nichts anderes vorsieht, findet das Aktienrecht Anwendung. Darum sind diese Vermögens- und Mitwirkungsrechte der Aktionäre bei der SNB doch stark eingeschränkt.

Der Regierungsrat beantragt, dass diese Motion abgelehnt wird, und ich danke Ihnen, wenn Sie das unterstützen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La parole est à présent à Mme Imboden, dépositaire de la motion.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich danke für diese Diskussion. Ich möchte vielleicht einfach drei Punkte noch einmal kurz antippen. Ich glaube, der EVP-Sprecher hat es sehr treffend gesehen, und ich glaube, dass das eigentlich der zentrale Punkt ist. Es geht nicht darum, dass der Kanton Bern will, dass die Nationalbank Klimapolitik macht. Da bin ich völlig einverstanden, auch mit der Regierungsrätin. Das ist nicht der Auftrag der Nationalbank. Aber – und das ist eben genau die Differenz, darum bitte ich Sie wirklich, Punkt 1 zu lesen – es geht darum, dass die Nationalbank die Klimarisiken – also es ist Risk Management, für all jene, welche in dieser Terminologie denken, das ist Risk Management – und die Klimafrage mitberücksichtigt. Von dem her hat der EVP-Sprecher das sehr gut auf den Punkt gebracht.

Dies vielleicht auch an die Adresse von Kollege Zaugg: Es ist eben nicht so, dass die Nationalbank das bisher schon so machen würde, ansonsten hätte ja unser nationales Parlament nicht – notabene erst vor einem Monat – einen Vorstoss überwiesen, welcher genau das verlangt. Es ist eben so, dass sie das heute *nicht* geklärt hat und diese Fragen im Risk Management Klima eben nicht genügend vorkommt. Darum, lieber Kollege Zaugg, vielleicht auch: National hat Ihre Partei dieses Anliegen unterstützt, daher wäre ich froh, wenn Sie noch einmal über die Bücher gehen könnten. Es geht darum, dass die Nationalbank auch von den Kantonen her merkt, dass es uns ernst ist und dass man das genauer anschauen will.

Vielleicht noch ein Punkt an die Adresse des Sprechers der FDP, dass es gesetzeswidrig sei. Liebe Kolleginnen und Kollege, wenn das nationale Parlament sagt: «Wir sind der Meinung, dass man das anschauen muss.» – das ist ja der nationale Gesetzgeber – und «Wir wollen nicht, dass die Nationalbank Klimapolitik macht.»... Der nationale Gesetzgeber sagt, dass dies das Bundesparlament macht. Das ist auch richtig so. Aber die Nationalbank soll sich überlegen, was das für Auswirkungen hat. Und da denke ich im Pflichtensatz zum Schluss: Wir sind in dem Sinne Aktionärin und erhalten auch Geld von der Nationalbank. Wir sind auch froh über diese Ressource. Wenn diese eines Tages nicht mehr fliesst, weil die Nationalbank klimapolitisch das Risk Management nicht richtig macht und das vielleicht zu wenig berücksichtigt, dann droht irgendwann, dass wir weniger Geld erhalten. Daher wäre das nicht in unserem Sinne.

Ich muss noch eine Korrektur machen: Ich sagte, der Kanton Genf hätte den Vorstoss überwiesen, das habe ich falsch gesagt, es war der Kanton Waadt, welcher auch Mitte September einen ähnlich lautenden Vorstoss zuhanden der Kantone überwiesen hat.

Ich wandle Punkt 1 in ein Postulat, das ermöglicht es vielleicht dem einen oder anderen hier drin, vielleicht dennoch zuzustimmen. Und wirklich: Es geht darum, die Klimarisiken besser zu berücksichtigen. Wir haben als Kanton Bern hier tatsächlich eine Einflussmöglichkeit – indirekt, das ist mir durchaus bewusst, aber mit dem Postulat können wir hier aufzeigen, dass es dem Kanton Bern ernst ist. Vielleicht ist es so, dass man, wenn man in 50 Jahren zurückschaut, ... *(Der Vizepräsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'oratrice de conclu-*

re.) ... zum Schluss kommt, dass es eben auch finanziell lukrativer ist, in klimafreundliche Bereiche zu investieren, weil es dort zukünftig mehr Rendite gibt. Bitte unterstützen Sie die gewandelte Motion als Postulat.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. La motionnaire a transformé son intervention en postulat. Nous allons donc voter d'abord sur le postulat : l'affaire numéro 43, « Banque nationale suisse (BNS) : garantir une politique d'investissement et une utilisation des bénéfices respectueuses du climat ». Nous votons uniquement sur le chiffre 1 : les député-e-s qui acceptent ce chiffre 1 sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung (2020.RRGR.64; Ziff. 1; als Postulat)

Vote (2020.RRGR.64 ; ch. 1 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	71
----------	----

Nein / Non	76
------------	----

Enthalten / Abstentions	4
-------------------------	---

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le postulat a été rejeté par 76 non contre 71 oui et 4 abstentions.